

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

9.5.1921 (No. 106)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Bearbeitet: Hauptredakteur E. A. M. D.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. 90 P.

Amtlicher Teil.

Reichseinkommensteuer und Landes-einkommensteuer.

In den Kreisen der Steuerpflichtigen begegnet man vielfach der Meinung, es müsse gestattet sein, in der Einkommensteuererklärung die bis 31. März 1920 schuldig gewordene badische Einkommensteuer vom Einkommen abzuziehen, da es nicht angehe, das ganze im Kalenderjahr 1920 erzielte Einkommen ungeföhrt zu versteuern, wenn für das erste Vierteljahr des Kalenderjahres 1920 bereits badische Einkommensteuer entrichtet worden sei.

Diese Auffassung trifft nicht zu; nach § 16 Biffer 4 des Einkommensteuergesetzes ist der Abzug der von den Steuerpflichtigen entrichteten Einkommensteuer und sonstiger Personalsteuern ausdrücklich unter sagt. Der Abzug ist aber auch für das Übergangsjahr 1920/1921 nicht notwendig, um den Steuerpflichtigen vor doppelter Belastung zu bewahren; denn die Reichseinkommensteuer wird für das Reichsrechnungs-jahr, nicht für das Kalenderjahr erhoben. Im laufenden Jahr wird daher die Steuer für das Rechnungsjahr 1920, d. i. für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 festgesetzt. Für diese Zeit ist erstmals die Reichseinkommensteuer zu entrichten, also nicht auch für einen Zeitraum, für den bereits badische Einkommensteuer bezahlt worden ist.

Hieran wird dadurch nichts geändert, daß der Berechnung des für die Veranlagung maßgebenden Jahreseinkommens das Ergebnis des Kalenderjahres 1920 zugrunde gelegt wird. Auch bei der badischen Einkommensteuer fiel der Zeitraum, für den die Steuer zu entrichten war (das Steuerjahr), nicht mit dem Zeitraum zusammen, dessen Ergebnis für die Berechnung des steuerbaren Einkommens maßgebend war. So geruhte die Veranlagung für das erste Vierteljahr 1920 bei wandelbaren Einkommen auf dem Ergebnis des Kalenderjahres 1918 oder des letzten vor dem 1. April 1919 abgelaufenen Geschäftsjahrs. Bei richtiger Würdigung dieser Sachlage wird der Steuerpflichtige nicht mehr im Zweifel darüber sein können, daß die eingangs erwähnte Meinung durchaus irrig ist.

Die staatliche Elektrizitätsversorgung im Seekreis.

Die Durchführung der Elektrizitätsversorgung der Amtsbezirke Stodach, Aberglingen, Mestrich, Fullendorf und Konstanz durch den Staat war Gegenstand verschiedener Beschwerden der beteiligten Kreise, die ihren Ausdruck in schriftlichen und mündlichen Vorstellungen beim Arbeitsministerium und in der Presse gefunden hatten.

Zur Erörterung dieser Beschwerden fand am 26. April 1921 in Badolzell eine Aussprache unter der Leitung eines Reauftragten des Arbeitsministeriums statt, die eine sehr starke Beteiligung aus den Kreisen der Gemeinden und sonstigen Stromabnehmer sowie der am Ausbau beteiligten Installateure aufwies. Die Besprechung, in der der Vertreter der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues — Abteilung für Wasserkraft und Elektrizität — auf zahlreiche Anfragen eingehend Auskunft erteilte, dürfte zur Aufklärung mancher Missverständnisse und damit zu einer gewissen Beruhigung der Beteiligten beigetragen haben.

Manche Einzelfragen konnten in dem großen, zu der Aussprache versammelten Kreise eine erschöpfende Erörterung allerdings nicht finden; es wurde daher in Aussicht genommen, die noch ungeklärt gebliebenen Fragen in Ausschüssen weiter zu behandeln, die für jeden Amtsbezirk bereits bestehen oder noch gebildet werden sollen.

Die Maul- und Klauenseuche im Monat April 1921.

St. L.-A. Die Maul- und Klauenseuche zeigt auch im Monat April wieder einen sehr erfreulichen Rückgang. Zu Anfang des Monats waren in 65 Gemeinden 219 Ställe verseucht, am Monatsende dagegen in nur 45 Gemeinden 130 Ställe. Neu aufgetreten ist die Seuche im Laufe des Monats in 32 Gemeinden und 98 Ställen, dagegen in 62 Gemeinden und 187 Ställen erloschen. Es sind der Seuche durch Umstehen 2 Rinder und 9 Schweine und durch Schlachten 25 Rinder zum Opfer gefallen. Der Bestand in den am Monatschluß verseuchten 130 Ställen beträgt 920 Rinder, 297 Schweine, 67 Ziegen und 52 Schafe.

Kubanisches Konsulat.

Herr Luis Rodriguez Embil ist von der kubanischen Regierung zum kubanischen Generalkonsul für Deutschland in Hamburg ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Credo erteilt worden ist, wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

Das Ultimatum für die Entschädigung.

Der Wiedergutmachungsausschuss prüft vom 1. Mai 1921 ab von Zeit zu Zeit die Einkünfte und Leistungsfähigkeit Deutschlands. Er gewährt dessen Vertretern nach Billigkeit Gehör und hat Vollmacht, danach die Frist für die im Artikel 235 vorgesehenen Zahlungen zu verlängern und die Form der Zahlung abzuändern; ohne besondere Ermächtigung der verschiedenen im Ausschuss vertretenen Regierungen darf er jedoch keine Zahlung erlassen. Dieser Wortlaut des Artikels 234 des Friedensvertrages muß, so schreibt die „Fr. Btg.“, an die Spitze jeder Betrachtung gestellt werden, die jetzt in Deutschland über die Entschädigungsforderungen der Entente angestellt wird.

Die Zahlen, die wir nach dem neuen Plane leisten sollen, unterscheiden sich, so fährt das Blatt in seinen bemerkenswerten Darlegungen fort, als solche nur wenig von denen, die die alliierten Hauptmächte im Januar in Paris vereinbart haben. In Paris forderte man zwei Jahre lang zwei Milliarden, danach je drei Jahre lang drei, dann vier und fünf Milliarden und schließlich 31 Jahre lang je sechs Milliarden feste Annuitäten, daneben 13 Prozent Abgabe auf die deutsche Ausfuhr. Jetzt soll die feste Annuität auf zwei Milliarden dauernd gleich bleiben, die variable Annuität aber auf 26 Prozent der deutschen Ausfuhr erhöht werden. Rechnet man dies durch, so ergeben sich je nach der Höhe der Ausfuhr, die man zugrunde legt, verhältnismäßig unbedeutende Differenzen: die neuen Zahlen sind bei niedriger Ausfuhr etwas größer, bei sehr hoher Ausfuhr wenig kleiner als die von Paris. Sie sind darüber wird kein Zweifel sein, genau so phantastisch, genau so unerfüllbar, wie jene es gewesen sind. Trotzdem ergibt sich ein grundlegender Unterschied. Die Unter-schrift unter die Pariser Zahlen, so wie sie damals von uns gefordert wurde, hätte einen neuen Vertrag bedeutet; sie hätte gegenüber gutgläubigen privaten Erwerbern der damals von uns geforderten Schuldverschreibungen unmittelbar bindende finanzielle Verpflichtungen geschaffen, denen gegenüber ein im-Vertrag-Gleichen einfach den Staatsbankrott bedeutet hätte und nur mit einem glatten Staatsbankrott möglich gewesen wäre. Jetzt wird von uns lediglich gefordert, die deutsche Regierung soll klipp und klar erklären, daß sie entschlossen ist, ohne Vorbehalte oder Bedingungen ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so wie sie von der Reparationskommission festgelegt sind. Das ist im Grunde nicht mehr als die Bekräftigung unseres guten Willens, bis zur Grenze des tatsächlich Möglichen Erfüllung zu leisten — eines guten Willens, zu dem wir uns schon durch Unterzeichnung des Friedensvertrages bekannt haben und den wir unabweislich bekräftigen müssen, wenn Deutschland am Leben bleiben soll. Daß ferner die Gesamtsumme der uns aufzuerlegenden Verpflichtungen auf absehbare Zeit weit über die deutsche Zahlungsfähigkeit hinausgeht, gibt die Gegenseite selbst unumwunden damit zu, daß sie von der Gesamtsumme von 132 Milliarden einstuften nur den kleineren Teil von 50 Milliarden im Maximum für mobilisierbar ansieht, während der weitaus größere Teil von 82 Milliarden einzuweisen in Reserve bleiben soll. Und schließlich haben wir den Schutz des oben zitierten Artikels 234 des Friedensvertrages, der uns den Appell an die Reparationskommission um ihre Nachprüfung unserer Leistungsfähigkeit offen hält. Trotzdem bleiben auch nach diesem Zahlungsplan die Gefahren schwer und groß. Es zeigt sich, wie verhängnisvoll man auf der Gegenseite unsere Anerbietungen in London mißverstehen hat, und dieses Verhängnis wird dadurch verstärkt, daß man auch Teile unserer späteren Vorschläge, die uns die Zahlung erleichtern sollten, jetzt in die Feststellung der Reparationskommission in einer Weise hineingearbeitet hat, daß sie nicht für, sondern gegen uns wirken.

Die Gesamtsumme der Schuldverpflichtungen steht deshalb noch nicht genau fest, weil auf der einen Seite an der Summe von 132 Milliarden Goldmark eine Reihe von Abzügen vorzunehmen sind (der bereits auf Reparationskonto bezahlte Betrag, das Staatsvermögen in den abgetretenen Gebieten und künftige Eingänge aus den früheren feindlichen Ländern), während auf der anderen Seite der Betrag der belgischen Schuld noch hinzukommt. Rechnet man den Betrag von 132 Milliarden zugrunde und rechnet dazu 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation, so ergäbe das eine Jahresleistung von annähernd 8 Milliarden Goldmark. Hätte die Entente dies gefordert, so hätten wir lediglich mit der Witte antworten können, sich selbst zu bedienen. Das hat man erkannt und deshalb den anderen Weg gewählt. Der Grundgedanke unseres letzten Angebots an Harding, die Dauer der Schuldzahlung auf eine größere Reihe von Jahren zu verteilen, weil sonst eine auch nur annähernde Erreichung der geforderten Beträge einfach undenkbar wäre, — dieser erst so höhnlich abgewiesene Gedanke ist jetzt von der Entente selbst aufgenommen worden. Man verlangt von uns zunächst nur die Verzinsung und Tilgung eines Kapitalbetrages von 50 Milliarden und behält sich die Ausgabe weiterer Kapitalbeträge für den Fall vor, daß die deutschen Leistungen den Dienst weiterer Schuldverschreibungen über die 50 Milliarden hinaus ermöglichen. Theoretisch eröffnet das unter Zugrundelegung des jetzigen Ausfuhrstandes die Möglichkeit, daß Deutschland nach 30 Jahre, wie im Friedensvertrag vorgesehen, sondern nach 90 Jahre lang Milliardenbeträge an Kriegsentenschädigung an die Entente zu zahlen hätte. Doch ist das wirklich nur theoretisch, weil ja die Ausfuhr unter dem Zwange der Reparation notwendig steigen muß. Vor allem: wir wollen und dürfen nicht dies als die wichtigste Sorge des Augenblicks ansehen. Wir sind tief davon durchdrungen, daß irgendwann einmal — und in nicht zu ferner Zeit! — doch die Vernunft in der Welt sich durchsetzen wird, wenn nicht durch die Macht der Ideen von Gerechtigkeit und Volkswelt, denen die Sieger heute hohe Preise zu dürfen glauben, dann durch die hieren Tausenden-Begeben der

wirtschaftlichen Dogm. Zahlungen, wie sie gefordert werden, sind auf die Dauer nicht möglich, ohne daß die gesamte Weltwirtschaft der Sieger nicht minder als die der Besiegten, dadurch völlig zerrüttet wird. Wenn der wirtschaftliche Wahnsinn sich eine Weile auswirkt, in einer wilden Schleudertour, bei gleichzeitiger Kaufunfähigkeit der Zahlungspflichtigen, dann kommt der Tag, an dem die arbeitenden Massen der ganzen Welt erkennen werden, daß sie selbst ins Elend gestürzt werden durch den Tribut, den ihre herrschenden Klassen von uns erpressen wollen. Und darum: nicht ohne ferneren Zutun kann heute unsere Hauptfrage gelten — daß wir über die nächsten Jahre hinwegkommen, in denen in der Welt noch die Verblendung und die Gewalt am Ruder sind, das ist das Einzige, woran wir heute denken dürfen.

Können wir diese Hoffnung haben angesichts der Festsetzung der Reparationskommission? Sie verlangt von uns zwei Milliarden plus 26 Prozent vom Export (oder eine nach anderem Index zu berechnende, aber äquivalente Summe zum Ersatz für diese variable Quote). Nehmen wir als Gesamtbetrag unserer Ausfuhr heute eine Jahressumme von 5 Milliarden Goldmark an — die in der englischen Presse genannte niedrigere Zahl ist irrig —, so ergibt das eine Jahresleistung von 3900 Millionen Goldmark im Jahr; steigt durch diese Zahlungsverpflichtung zwangsläufig der Export, so erhöht sich die Summe weiter entsprechend. Englische Liberale haben diese Summe als verhältnismäßig erträglich bezeichnet, und sie berufen sich dafür auf das zweite Angebot der deutschen Delegation in London, dem ähnliche Zahlen zugrunde lagen. Sie übersehen ein absolut Entscheidendes: daß nämlich dieses für Deutschland schon damals erschreckende Angebot, wie jede größere Zahlungsbereitschaft Deutschlands für die nächsten Jahre, aufgebaut war auf die Voraussetzung einer großen internationalen Anleihe. Die Rechnung war: wenn wir von beispielsweise 15 Milliarden, die man für die ersten fünf Jahre von uns forderte, beispielsweise 8 oder 10 Milliarden durch eine große Anleihe aufbringen können, so belasten wir damit zwar um so mehr unsere Zukunft, aber die Summe der in diesen ersten Jahren von uns tatsächlich zu leistenden Zahlungen vermindert sich dadurch doch auf einen Betrag, daß wir hoffen können, ihn durch praktische Wiederaufbauarbeit, durch Sachleistungen, durch Exportsteigerung einigermaßen zu leisten. Diese Hoffnung, Annuitäten durch Anleihe abzutragen und dadurch über die ersten schwersten Jahre hinwegzukommen, ist uns durch den Zahlungsplan der Reparationskommission nahezu genommen. Die Entente wird die Anleihe selbst machen, aber nicht, um uns dadurch die Zahlung der ersten Annuitäten zu erleichtern, sondern um für sich einen Teilbetrag der Kapitalsumme schnell zu mobilisieren. Sie will die Schuldverschreibungen, die wir ihr auszufertigen haben, selbst an den Markt bringen oder sie doch zur Grundlage einer Anleihe machen. Sie wiederholt deshalb die Bestimmung des Friedensvertrages, wonach die gesamten Besitztümer und Einnahmen des deutschen Reiches und der deutschen Staaten für diese Schuldverschreibungen verpfändet sein sollen, womit diese Verpfändung (auch die Eisenbahnen und anderes!) als Unterpfand für eine von uns aufzunehmende Anleihe auscheiden. Und sie fordert jetzt, was wir als Mittel zur leichteren Unterbringung einer internationalen Anleihe angeboten hatten, daß nämlich diese Schuldverschreibungen von allen deutschen Steuern und Lasten jeder Art jetzt oder in Zukunft frei sein sollen. Eine äußere Anleihe des Reiches auf Grund seines eigenen Besitzstandes scheidet dadurch aus. Und es bleibt, wenn wir die Jahreszahlungen aus dem laufenden Ertrage der Volkswirtschaft nicht decken können, nur noch ein Weg: die Verpfändung oder, was bei der zu erwartenden Erschöpfung des Kapitalmarktes wahrscheinlicher ist, die Zahlung durch Über-eignung von Vermögenssubstanzen. Eine Milliarde Goldmark in effektivem Golde oder in Zahlungsmitteln ähnlich denen unseres Angebots an Harding wird bereits gefordert. Anderes wird hinzukommen müssen: die Auslieferung unseres letzten Bestandes an internationalen Wertpapieren, die Veräußerung von Grund- und Hausbesitz an Ausländer oder die Hin-gabe von Hypotheken auf solchen Besitz, als Wichtiges die Hin-gabe von Verpfändungen von Teilen des deutschen Industriekapitals von Aktien und Obligationen. Das ist dann — da wir ja nicht Häuser abbrechen können, um mit den Steinen die Gebäude Frankreichs wieder aufzubauen, da wir ja nicht Maschinen aus unseren Fabriken reifen können, um sie nach Westen zu führen, zumal damit niemals große Milliardenbeträge aufkommen könnten — das Letzte, was wir an Volksvermögen noch flüssig machen können. Es wird uns nicht erspart bleiben, auch dieses Letzte anzugreifen, wie wir es übrigens zur Durchführung unseres letzten Angebots an Harding zweifellos auch schon hätten tun müssen. Praktische Mitarbeit am Wiederaufbau und Sachleistungen für diese Aufgaben müssen hinzukommen, wenn an die Erreichung der geforderten Summen auch nur annähernd gedacht werden soll; wir können nur hoffen, daß die lediglich grundsätzliche Anerkennung solcher Leistungen, wie sie im Artikel VIII des Zahlungsplans der Reparationskommission ausgesprochen ist, auch wirklich zur praktischen Durchführung gelange.

Das sind die Perspektiven, die das Ultimatum der Entente uns eröffnet. Sie sind von einer grausamen Härte. Und ein Frevel wäre es, wenn nicht unser ganzes Volk, und die Abgeordneten als die Beauftragten der Nation in erster Linie, dem mit rücksichtsloser Offenheit und Wahrheit ins Auge sähen. Wir müssen aus dem Selbstbetrug, in dem große Teile unseres Volkes sich noch immer wiegen, unbedingt heraus, müssen die ferne Zukunft, wie sie vor uns liegt, erkennen. Aber indem wir dies tun, indem wir uns aller Illusionen entschlagen und die wahrhaft fürchterliche Härte der gegenwärtigen Forderungen in ihrem vollen Umfange uns vor gegenwärtigen, müssen wir zugleich mit derselben Deutlichkeit es aussprechen: daß es nach unserer Überzeugung für Deutschland keinen anderen Weg gibt als den, die geforderte Unter-schrift zu leisten. Die Unter-schrift wäre an sich überflüssig

Den nach dem Wortlaut des Friedensvertrages bedarf die Reparationskommission unserer Zustimmung nicht. Sie ist berechtigt, aus eigener Machtvollkommenheit die Höhe unserer Gesamtverschuldung festzustellen und den Zahlungsplan dafür zu erlassen. Wir sind auch schon durch den Friedensvertrag verpflichtet, ihr diejenigen Schuldverschreibungen auszufertigen, die sie von uns fordert, wie wir ihr tatsächlich ja schon solche Schuldverschreibungen über 100 Milliarden Goldmark übergeben haben, die jetzt durch die neuen ersetzt werden sollen. Eine neue Unterschrift zu fordern, hat die Entente nicht das Recht. Aber sie hat die Macht, es zu tun, und diese Macht bedroht uns mit Vernichtung. Eine rein militärische Besetzung des Ruhrgebiets wäre trotz der Räte die sie über die dichte Bevölkerung bringen würde, eine ganze Zeit lang zu ertragen, genau wie die Besetzung von Frankfurt für Frankreich ergebnislos geblieben ist. Aber die Verbindung der Ruhrbesetzung mit den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die in Aussicht genommen sind, wäre nicht zu ertragen ohne die fürchterliche Zerrüttung unseres wirtschaftlichen und damit auch unseres staatlichen Lebens. Nach einer Berechnung von sachkundiger Stelle würde die Erhöhung des Kohlenpreises in dem Maße, wie sie angekündigt wurde, zur Folge haben, daß die Zahl unserer Arbeitslosen im unbesetzten Deutschland sich im Laufe weniger Wochen um ein bis anderthalb Millionen erhöhen würde, davon viele Hunderttausende massiert in den großen industriellen Zentren von Berlin, von Sachsen usw. In die — unwahrscheinliche — Möglichkeit einer Abschmähung der Ruhrkohle oder einer neuen Blockade von der See her ist dabei garnicht gedacht. Die sozialen und politischen Folgen einer solchen enormen Steigerung der Arbeitslosigkeit auszumalen, dürfen wir uns versagen. Aber diejenigen mögen sie erwägen, die wenn nicht wegen der Entschädigungsfrage, dann wegen der Entwaffnungsfrage die Unterschrift verweigern wollen.

Die Unterschrift unter das Ultimatum verpflichtet uns zum äußersten Opfer. Sie legt uns nicht unmittelbar neue Leistungen auf. Aber sie verpflichtet die vor zwei Jahren übernommene Verpflichtung sowohl zur Entlassung wie zur Entschädigungsleistung mit grausamer Deute. Sie zu leisten hat nur dann einen Sinn, wenn wir bis zum Letzten unseres Könnens entschlossen sind, das Mögliche zu ihrer Erfüllung tatsächlich zu tun. In solcher Gesinnung aber muß sie geleistet werden. Gefahren in der Zukunft bleiben auch dann. Das Leben unseres Volkes in den nächsten Jahren kann überhaupt auf nichts anderes gerichtet sein als darauf, nach der zerschmetternden Niederlage seine Einheit, seine Ehre zu bewahren. Aber um uns über die nächsten, schwersten Jahre hinwegzuhelfen, dazu ist die Unterschrift ein Weg, zum mindesten ein Versuch. Die Verweigerung der Unterschrift hieße Hoffnungslosigkeit. Und derjenige handelt frevelhaft an seinem Volke, der nicht auch den letzten äußersten Versuch wagt, es zu retten.

Politische Neuigkeiten. Die Frage der Kabinettsbildung.

Die parteiunabhängige Zentrumsparlamentarierkorrespondenz stellt seit, daß der preußische Ministerpräsident Siegelwald und ebenso der deutsche Reichspräsident in Paris Dr. Mayer den Reichsanzlerposten nicht annehmen würden. Nach der Auffassung des Reichspräsidenten und auch der Regierungsparteien könne man damit rechnen, daß die sogenannten Radikalkabinette in der Hand ihrer bisherigen Inhaber verbleiben würden. Dies seien das Reichsjustizministerium, das Reichsfinanzministerium, das Justizministerium und das Ernährungsministerium. Im übrigen schreibt die Zentrumsparlamentarierkorrespondenz zur Regierungskrise u. a. folgendes:

Wir haben bereits in diesen Tagen darauf hingewiesen, daß die Kabinettsbildung entscheidend beeinflusst wird von der Frage: Wie stellt sich die Mehrheit des Reichstags zum Ultimatum der Entente? Der Verlauf der Dinge hat uns in vollem Umfange Recht gegeben. Wäre am Freitag morgen, zeigte sich, daß die Kabinettsbildung überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit ist, so lange nicht die Frage ihre Beantwortung gefunden hat: Ist das Ultimatum der Entente für Deutschland erträglich oder nicht? Diese Frage aber konnte am Freitag noch nicht beantwortet werden, weil der wesentlichste Teil des Ententeultimatums, die Forderungen der Reparationskommission, in ihrem Wortlaut erst am Freitag abend bekannt wurde. Was man inzwischen von dem Inhalt weiß, ist zum Teil doch derart, daß man in der Tat sehr ernstlich prüfen muß, ob die Forderungen in einzelnen nicht über das erträgliche Maß hinausgehen. Diese Frage beschäftigt zurzeit die Fraktionen des Reichstags, und von dem Ergebnis dieser Prüfungen wird die Kabinettsbildung abhängen.

Landestheater.

„Cavalleria rusticana.“ — „Der Bojazzo.“

Nach dem mäßigen Besuch der gestrigen Vorstellung zu urteilen, scheinen auch dem großen Publikum die beiden verfilmten Meister für diese Spielzeit allmählich oft genug gegeben worden zu sein. Im Hinblick auf die früheren Besprechungen, können wir uns auf ein paar kurze Bemerkungen beschränken, zu denen einige Änderungen in der diesmaligen Besetzung Anlaß geben.

In der „Cavalleria rusticana“ verkörperte Herr Fünfgeld aus Freiburg den Turridu. Sein von etwas großschaliger und hyperrealistischer Auffassung inspiriertes Spiel fiel stark aus dem Rahmen unserer Bühne heraus und war auch psychologisch in wichtigen Momenten (so in der Szene mit Alfio), nicht genügend durchgearbeitet. Die stimmlichen Mittel des Gastes sind nicht schlecht, bedürfen aber noch der Verfeinerung und des Schliffs. Im „Bojazzo“ gab Herr Schwert den Canio gefänglich befriedigend, in der Darstellung allerdings noch nicht an Buffard heranreichend. Immerhin sind Anzeichen dafür vorhanden, daß er sich die nicht leichte Partie mit der Zeit durchaus zu eigen machen wird.

Die Nedda wurde von Fräulein Stegert, unserer neuen jugendlich-dramatischen, gegeben. Gefänglich war die Künstlerin anscheinend nicht sonderlich disponiert. Ihre an sich sympathische und geschulte Stimme kam gelegentlich etwas verschleiert. Ihr Mienenspiel verriet Intelligenz und inneres Mitgefühl. In ihren Gesten unterstrich die Künstlerin zu sehr die Züge des Gewöhnlichen, groß Leidenschaftlichen, auf Kosten der natürlichen Grazie, deren sich die Colombine auch im veristischen Drama nicht zu schämen braucht. C. R. u. f.

Frei Droops Drama „Der Freispruch“, dessen erfolgreiche Aufführung vor kurzem am Badischen Landestheater in Karlsruhe stattgefunden hat, ist von den Städtischen Schauspielen in Baden-Baden, sowie von den Stadttheatern in Freiburg und Danzig zur Aufführung angenommen worden.

Auch der gestrige Sonntag hat keine Entscheidung in der Regierungskrise gebracht. Den Berliner Blättern zufolge hat Reichspräsident Dr. Mayer am Sonntag dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Bildung eines neuen Reichskabinetts nicht übernehmen könne. Der Reichspräsident gab seinem Wünsche Ausdruck, daß Dr. Mayer die endgültige Entscheidung auf Montag vertagen möge.

Bayern und das Ultimatum.

Nach der „Bayerischen Staatszeitung“ geht innerhalb der bayerischen Regierung die Auffassung über das Ultimatum einmütig dahin, daß es in der Form, wie es gestellt worden, unannehmbar sei und zwar aus wirtschaftlichen wie aus allgemeinen politischen Gründen, und weil es über die Bestimmungen des Friedensvertrages weit hinausgreife. Ministerpräsident v. Kahr werde diese Auffassung heute in Besprechungen mit dem Reichsanzler und dem Reichspräsidenten zum Ausdruck bringen.

Eine liberale englische Stimme.

Für die Haltung, die auch wohlmeinende liberale Kreise Englands gegenüber dem Londoner Ultimatum einnehmen, ist es bezeichnend, daß selbst ein Blatt wie die „Daily News“, die die Katastrophentheorie der Alliierten immer und in den letzten Wochen besonders eindringlich bekämpft hat, Deutschland zur Annahme des Ultimatum rät.

Mit Rücksicht auf das, was hätte geschehen können, scheint uns das von Lord George angelegte Ergebnis relativ hoffnungsvoll zu sein. Es ist leicht, die Bedingungen in Stücke zu reißen, die jetzt, wie üblich, durch Drohungen verollständigt den Deutschen überreicht werden. Es wäre nicht schwierig, zu zeigen, daß es endgültige Lösung der neuen Plan voll von Bestimmungen ist, die nicht funktionieren werden oder abgeändert werden müssen. Aber der Bräutigam ist die gegenwärtigen Vorschläge ist nicht ihr Wert als endgültige Lösung, sondern ihre praktische Nutzen als Mittel, um aus einer Situation herauszukommen, die Europa zerstückt. Was der Mensch, der Frieden haben will, von dem Ultimatum der Alliierten verlangt, ist, daß es wenigstens eine Hoffnung aufzeigt, daß das letzte Unheil abgemindert werde. Ein solcher Mann wird keine höchste Weisheit in ihm suchen, sondern nur, daß es nicht, wie seine Vorgänger, gänzlich Unsinns sei. Er wird sich nicht sehr darum sorgen, wie es fünf, zehn oder zwanzig Jahre später aussehen wird, sondern nur, wie weit das Ultimatum möglich ist als unmittelbare zeitweilige Festschließung. Man muß die Entscheidung der Zukunft überlassen. Gegenwärtig wird es wahrscheinlich für die Politiker oder Soldaten oder Bankiers oder die Männer der Wirtschaft sehr schwierig sein, sich von irgend etwas ein klares Bild zu machen. Wenn Deutschland die neuen Vorschläge ablehnt, so wird es sich einer großen Torheit schuldig machen. Es besteht kein ernstlicher Meinungsunterschied in den alliierten Ländern über die Berechtigung und Notwendigkeit der deutschen Entwaffnung oder die gerechte Aburteilung der Kriegsverbrecher. Was alle früheren Reparationspläne zum Scheitern brachte, war die Tatsache, daß die unmittelbare Forderung der Leistungsfähigkeit Deutschlands überstieg und daß es unmöglich war, eine Zahlungsmethode ausfindig zu machen, die für die Gläubiger annehmbar war. Diese beiden Schwierigkeiten hat man jetzt in billiger Weise überwunden. Die Summe von drei Milliarden Mark jährlich ist nicht mehr, als Deutschland vernünftiger Weise zahlen kann. Es hat selbst so viel zugestanden. Die Annahme deutscher Arbeit für das Wiederherstellungswerk nimmt der Zahlungsmethode die Hälfte ihrer Schwere. Viel wird natürlich davon abhängen, in welchem Geiste die neuen Bestimmungen von der Reparationskommission angewendet werden. Aber wenn die Alliierten gewillt sind für den Frieden und nicht für die Rache zu wirken und wenn die deutsche Regierung für ihre realen Interessen Verständnis hat und aufrichtig bereit ist, mit den Alliierten zusammenzuwirken, dann besteht die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Gesundheit, bevor es zu spät ist.

Der Polenputsch in Oberschlesien.

Nach den bis zum 8. Mai abends eingelaufenen Meldungen verläuft die Linie des von den Aufständischen besetzten Gebietes vom Norden des Kreises Hoesberg, beginnend östlich Seidow, östlich Bankau, westlich Bombin, östlich Turawa und Kraschowo, östlich der Malapari und Zarnau, östlich Leschnitz, östlich Randzin, sodann längs der Oder bis zum Grenzse. In der rein deutschen Stadt Kattowitz ist das Ständrecht verhängt worden. Jeder Zivilist, der mit Waffen angetroffen wird, wird nach dem Befehl der interalliierten Kommission erschossen. Die Stadt Kattowitz befindet sich in den Händen der Aufständischen, nur das Rathaus wird von französischen Truppen besetzt gehalten. Zwischen Gleiwitz

und Petersdorf hat eine Schieberei stattgefunden. Bei Gantow im Kreise Kreuzburg scheiterte ein Angriff der Aufständischen. Ebenso mußte Leschnitz im Kreise Groß-Strehlitz von den polnischen Banden wieder geräumt werden. Die Kollage der deutschen Bevölkerung wächst von Stunde zu Stunde, dementsprechend steigert sich auch der Erregungszustand, in dem sich die deutschen Kreise befinden.

Laurshütte ist gestern vormittag wiederum von polnischen Banden besetzt worden.

Nach den letzten in Oppeln vorliegenden Nachrichten ist Randzin, das vorübergehend in die Hände der polnischen Banden gefallen war, nach schwerem Kampfe behauptet worden. Der Verlust der Insurgenten beträgt 70 Tote.

Stadt und Kreis Kreuzburg sind noch unbesetzt, die Stadt Rybnitz ist auf Grund von Verhandlungen mit den Aufständischen jetzt geräumt worden. Im Gutsushospital in Rybnitz liegen dreißig verwundete Zivilpersonen und 19 tote Italiener, im Knappschafslazarett 22 Verwundete und drei Tote. Bei den Kämpfen in Gzerwonia hatten die Italiener am 3. Mai 16 Tote und 18 Verwundete, bei den Kämpfen am gleichen Tage bei Jastrzemb hat die italienische Kompanie einen Toten und einen Verwundeten verloren. Die Stadt Groß-Strehlitz ist von den Aufständischen frei, die einige Kilometer östlich der Stadt stehen. Die Stadt Kosel ist gleichfalls frei, dagegen sind große Teile des Kreises im Besitze der Aufständischen. Der „Berl. Lokalanzeiger“ meldet aus Beuthen, daß in Ruda 18 Deutsche, darunter ein Leutnant von Polen unbesetzt worden sind. In Lubanna und Sognisa sollen ebenfalls Deutsche niedergemetzelt worden sein. Gindenburg ist von den Polen genommen worden und wird gegenwärtig geplündert. Guten-Tag wurde nach Artillerievorbereitung von regulären polnischen Truppen gestürmt, die dortigen deutschen Führer erschossen, weitere hundert Deutsche verbleibt. In Beuthen kostete das Brot am Samstag 10 M.

Sturmzonen im preussischen Landtag.

Im preussischen Landtag verurachten die Kommunisten am Samstag Ständesitzungen, wie sie in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus geradezu beispiellos dastehen. Szenen, die den Gedanken nahelegen, daß ihre Urheber weniger in ein Parlament, als in eine Erziehungs- oder Korrektionsanstalt gehören.

Aber den Verlauf der Sitzung berichtet die „Frankf. Ztg.“: Präsident Reinert eröffnet um 1 1/2 Uhr die Sitzung und erteilt zunächst das Wort dem

Minister des Innern Dominicus: Ich habe gestern mitgeteilt, daß ein französischer Offizier in Gemeinschaft mit einigen Polen gefangen genommen worden ist, weil er dabei erwischte wurde, als er die Eisenbahnüberführung über die Hohenploh Brennan wollte. Wir ging soeben eine telegraphische Meldung aus Breslau zu, die ich Ihnen bekannt geben will. Die Meldung des Regierungspräsidenten lautet: Die von mir heute persönlich übermittelte Meldung der Eisenbahndirektion Breslau von der Verhaftung eines französischen Offiziers wegen eines Sprengversuchs der Hohenplohbrücke wird von Eisenbahnseite widerrufen. (Großer Lärm auf der äußersten Linken. Kommunisten und Unabhängige schreien laut auf den Minister ein. Von der Rechten ertönen Rufe nach Ruhe. Präsident Reinert schwingt die Glode. Minister Dominicus will fortgehen. Der bekannte kommunistische Abgeordnete Schulz ruft: Ihr Zuhälter der Lüge!)

Präsident Reinert: Ich habe einen Ausbruch gehört, der so tief steht, daß ich sagen muß, es geschieht dem Ausdruck zu viel Ehre, wenn ich ihn mit einem Ordnungsruf belege. (Großer Lärm auf der äußersten Linken.) Ich bitte Sie um eins, seien Sie doch in Ihren Ausdrücken so, wie es unter gebildeten Menschen üblich ist. (Großer Lärm bei den Kommunisten.)

Minister Dominicus: Die Meldung des Regierungspräsidenten fährt fort: Der verhaftete Offizier ist freigelassen worden. — Es ist für mich ein selbstverständliches Gebot der Loyalität, den Irrtum alsbald hier vor aller Öffentlichkeit richtigzustellen. (Große Unruhe auf der äußersten Linken und Zurufe: Wo sitzt der Lügner?) Die Meldung beruht auf der amtlichen Mitteilung des Regierungspräsidenten. (Großer Lärm auf der äußersten Linken und Rufe: Dann ist es amtlich gelogen!) Erlauben Sie, ich konnte doch nicht loyaler handeln, als eine Meldung, die sich bedauerlicherweise als Irrtum erwiesen hat, hier richtigstellen. (Großer Lärm rechts und auf der äußersten Linken. Im Lärm gehen die Worte des Ministers unter. Glode des Präsidenten.)

Präsident Reinert: Ich bitte um Ruhe. Sie können ja gar nicht hören, was der Herr Minister sagt. (Rufe auf der äußersten Linken: Wir wollen auch nicht!)

Minister Dominicus: Daß die erste Meldung absichtlich unrichtig gewesen ist, muß ich aufs Bestimmteste bestritten. (Lärmender Widerspruch auf der äußersten Linken.) Die Lage in Oberschlesien ist leider ebenso bedauerlich ernst wie

Konzert-Wochen-Rückblick.

Zum „III. Karlsruher Kammermusikfest“, für dessen Zustandekommen der Konzertdirektion Kurt Neufeldt alle Anerkennung gebührt, wurde feierlicheres als das Quartett gewonnen. Damit ist diese musikalische Veranstaltung von vornherein auf ein hohes Niveau gestellt. Der Kammermusikfreund wird die bedeutendsten Schöpfungen auf diesem Gebiet in einer vollendeten Interpretation vernehmen. In großzügigem Programm wird an vier Abenden das deutsche Streichquartett historisch dargestellt, von dem klassischen Haydn und Mozart, zu denen auch Dittersdorf gerechnet werden darf, ausgehend über den Titanen Beethoven zu den Romantikern Schubert, Schumann, Brahms, um mit Wagner und schließlich mit Schönberg in die umstrittene Gegenwart auszumünden.

Der erste Abend war ganz auf Dur gestellt. Kristallklar wurden die drei Quartette aus den Zeiten gewahrt mit jener Einfühlungskunst, die man an diesem Quartett immer wieder bewundern muß. Mit ausgefuchter Feinheit sind alle Einzelheiten liebevoll herausgearbeitet, jede Figur, jeder Lauf, jedes noch so unbedeutende Ornament erzählt von der musikalischen Kultur der vier Spieler. Im leichten flüchtigen Dahingleiten, im langsamen Wiegen, im allmählichen Anschwellen der Crescendos, im Verhauchen und Vergehen der Magias, im Dahinwischen der Schlußsätze, in den kompliziertesten rhythmischen Feinheiten — immer sind die vier Instrumente mit erschütternder Akkuratheit zu vollendeter Einheit verwoben. Nie fällt ein Instrument aus dem Rahmen, nirgends ein Hervordringen, Keis vornehme Zurückhaltung, absolute Ausgeglichenheit. Der Versuch dürfte besser sein, aber der Beifall war flüchtig.

Elly Rey gab vergangenen Mittwoch einen Klavierabend, den sie mit den 32 Variationen in G-moll, den Sonaten op. 31, Nr. 2, op. 106 und op. 27 Nr. 2 ganz und gar Beethoven gewidmet hatte. Elly Rey darf zu den besten Pianistinnen der Gegenwart gerechnet werden. Ihr technisches Können ist allen Anforderungen gewachsen. Aber was mehr,

ihr Spiel ist Erlebnis. Sie gestaltet aus starkem Gefühl heraus. So durfte sie sich auch an die Dammertkavariationen wagen, ohne Gefahr zu laufen, sich in den labyrinthischen Gängen dieses Riesennetzes zu verirren. Sie verlor auch hier nicht den Ariadnefaden und führte die Landung über die gewaltig aufgetürmte Fuge des Schlußsatzes in meisterhafter Durchleuchtung zu Ende, wobei sie weniger durch Zartheit und Gefühlsmittel entzückte. Es ist ein Hauptvorzug der Künstlerin, daß sie nicht den Versuch macht, über die Grenzen ihres Vortragstils hinauszuweisen. Innerhalb dieses Bezirks leistet sie Herborragendes.

Johann Strauß, der vorm. 1. Hofballmusikdirektor in Wien, verjagt das ihm überkommene Erbe an „Wiener Musik“ lebendig zu erhalten. Er hat nicht den Reichtum unverwundlicher Melodien, den sein Vater, der Walzerkönig, besaß. Aber er hat den Reichtum der Wiener Musik im Blut und kann uns für Momente, wenn ihm das richtige Instrument in die Hand gegeben wird, das heutige, das sterbende Wien vergessen machen und aus den Klängen der „Geschichten aus dem Wienerwald“ die Erinnerung an das alte, an das blühende Wien heraufbeschwören. Aber da haberte es. Die technischen Qualitäten des Harmonieorchesters, das für den Konzertabend verpflichtet war, sollen keineswegs angezweifelt werden. Aber Wiener Musik unter dem Stab eines Hof. Strauß zu spielen ist Temperamentsfrage. Dazu gehört die ganz spezifisch Wienerische Mischung. Und die ist bei unserm braven Harmonie-Orchester wohl vorwiegend gut badiß. Daher kam es nicht zur zwingenden Auslösung jener feinen Reizungen, die wir bei den „Fledermäusen“, oder „Wiener Blut“-Konzerten in uns prickeln fühlen sollten und möchten. Wo an das Gemüt appelliert wurde, bei dem Lieber-Polpouri „Wiener Volksmusik“ vor allem, da gelang es dem Kapellmeister weit besser, dem Orchester etwas von seinem musikalischen Reichtum mitzuteilen. Auch an dem Vortrag des Balzers aus der „Garbafürstin“ konnte man seine Freude haben, die das zahlreiche Publikum durch herzlichen Beifall zum Ausdruck brachte.

Hugo Koller.

gestern. Die Verhandlungen zur Apo haben erfreulicherweise einen solchen Umfang angenommen, daß die Höchstzahl der von der Entente zugelassenen Freiwilligen bereits überschritten ist. (Beifall.) Einen besonderen Gegenstand der Beunruhigung bilden jetzt für die Staatsregierung die aus ober-schlesischen Städten kommenden Nachrichten über die beginnende Lebensmittelnot. Es besteht dort die Gefahr, daß alsbald eine sehr starke Lebensmittelknappheit eintritt mit der weiteren Gefahr von Unruhen und Plünderungen. Aus diesem Grunde hat sich die Staatsregierung heute mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung gesetzt und mit ihm vereinbart, daß er unter Führungnahme mit der Interalliierten Kommission dafür Sorge trägt, die notwendigen Lebensmitteltransporte alsbald nach Oberschlesien zu leiten.

Abg. Dr. Meyer (Komm.) und Abg. Meier-Werlin (Unabh.) beantragen sofortige Besprechung der Erklärung des Ministers. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte entspricht der Präsident diesem Wunsch.

Abg. Schölsch (Soz.): Auf das schärfste muß ich das Vorgehen zurückweisen, das gestern ein Mitglied dieses Hauses hier betrieb. Ein Mann, der Oberschlesien gar nicht kennt, der keine Ahnung davon hat, wie den Deutschen in Oberschlesien das Wasser an der Gurgel steht, der bekommt es fertig, hier dieses Land zu verraten und zu verkaufen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Des Ernstes der Sache wegen wünschen wir dringend, daß die Regierung uns auf dem Laufenden wegen der Vorgänge in Oberschlesien hält.

Ein inzwischen von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag auf Schluß der Besprechung wird gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Das erregt bei der Mehrheit lebhaften Beifall, auf der äußersten Linken großen Lärm. Die Kommunisten machen fortgesetzt wütende Zwischenrufe wie „Nationale Schieber!“, „Schiebung!“ usw. Im ganzen Hause herrscht große Erregung und namentlich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein solcher Lärm, daß die Mitteilungen des Präsidenten kaum verständlich bleiben. Die Kommunisten rufen dem Präsidenten, während dieser spricht, fortgesetzt zu: „Schieber!“, „Schluß!“, „Schieberparlament!“ Von anderer Seite des Hauses ertönen lebhaft Gegenrufe: „Nacht, daß ihr rauskommt!“, „Ruhe!“ und „Ruhig, Ruhe!“ Inzwischen hat ein Abgeordneter die Rednertribüne bestiegen um offenbar zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort zu nehmen. Er kommt aber bei dem wüsten Lärm, den die Kommunisten mit großer Ausdauer verursachen, nicht dazu, sich verständlich zu machen. Zwischenrufe fliegen im Hause hin und her, aus den Reihen der Sozialdemokraten ertönt die Aufforderung: „Auf nach Dalldorf!“ Der fortgesetzte Lärm, die andauernden Zwischenrufe der Kommunisten: „Schluß!“, „Raus!“, „Wir wollen auch reden!“ veranlassen schließlich den Abgeordneten, dem das Wort erteilt war, die Rednertribüne zu verlassen. Dann verläßt auch Präsident Leinert, dem die äußerste Linke wiederholt „Schieber!“ zugerufen hat, seinen Platz, nachdem er sich vergeblich bemüht hat, sich verständlich zu machen. Die Sitzung wird um 2 Uhr 5 Min. infolge der erregten Szenen verlagert. Der Lärm im Hause hält zum Teil noch an.

Um 2 Uhr 20 Min. nimmt Präsident Leinert den Präsidentenstuhl wieder ein und erklärt die Sitzung für wieder eröffnet. Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Meyer (Komm.): Wir beantragen, die Tagesordnung zu ändern und als ersten Punkt die Besprechung der Lage in Oberschlesien zu setzen. Wir sind dazu gezwungen, besonders durch das Verhalten derjenigen Partei, die im Ausschussrat gegen eine Besprechung aufgetreten ist, hier aber die Gelegenheit benutzte hat, in einer Weise, die ich nicht charakterisieren will (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten: Schieber!), die es uns möglich gemacht hat, an der Besprechung teilzunehmen. Die Besprechung ist aber auch besonders deshalb notwendig, weil wir hören: Sibomannschaften in größtem Umfang (Zuruf bei den Kommunisten: 4000). — Präsident Leinert: Sie können bei einer Geschäftsordnungsdebatte nicht auf den Gegenstand selbst eingehen. (Große Anrufe auf der äußersten Linken.)

Abg. Kost (Zentr.): Der Ernst der Zeit, die Schwierigkeit, in der wir stehen, läßt eine Besprechung im Augenblick nicht angängig erscheinen. (Großer Lärm auf der äußersten Linken.)

Präsident Leinert: Es ist Widerspruch erhoben worden, wir kehren zu unserer ursprünglichen Tagesordnung zurück und zwar zur Beratung des Antrages Borsch wegen der Erhöhung der Gehälter der katholischen Geistlichen. (Stürmische Rufe links, fortgesetzte Zurufe: Oberschlesien!) Ich würde Sie doch bitten (Stürmische Rufe auf der Linken: Nein, Oberschlesien!) Sie haben uns verweigert! Das könnte Ihnen so passen! (Schiebung! Schieber!) Verleumdungen, die Sie gegen mich aussprechen, berühren mich nicht. (Die im Chor von den Unabhängigen und den Kommunisten fortgesetzten Rufe: Oberschlesien! dauern an.)

Präsident Leinert fortfahrend: Aber meine Damen und Herren! (Andauernde Rufe: Oberschlesien! Auf der äußersten Linken auf der Abg. Kas dem Präsidenten zu: Oberschlesien!) Herr Abg. Kas, ich verbitte mich Ihre Verleumdungen. (Die Rufe: „Oberschlesien!“ werden auf der äußersten Linken im Takte weiter erhoben. Von der Rechten wird herübergerufen: Das ist das souveräne Volk!)

Badische Kunsthalle.

Die Gemäldesammlung konnte dank einer großzügigen Stiftung um ein wertvolles Stück bereichert werden. Frau Geheimrat Klinger (Leipzig) schenkte der Kunst-halle ein Frühbild ihres verstorbenen Gatten, das dieser um Anfang der 70er Jahre auf der Karlsruher Akademie gemalt hat. Für die Aufzählung der Geschichte der Karlsruher Akademie, die eine der Hauptaufgaben der Neuordnung und Weiterführung der Sammlung sein wird, ist gerade auch dieses Bild von besonderer Bedeutung; es repräsentiert die frühesten Leistungen eines der begabtesten Akademiker der damaligen Zeit.

Im Rahmen dieser Neuordnung soll vor allem auch die Bedeutung der Akademie für die Kunstentwicklung der Provinz betont werden. Die folgenden Persönlichkeiten — Leising, Des Courbes, F. Dieb, W. Nieffahl, F. Keller, Schönleber, Bösch, Weisshaupt — um nur einige zu nennen — sollen nachdrücklich zur Geltung gebracht werden. Der vorhandene Bestand an Bildern soll möglichst ergänzt und bereichert werden durch Werke aus Privatbesitz. Die Stadtgemeinde hat in dankenswerter Weise Werke aus ihrem Besitz zur Verfügung gestellt. Es haben sich aber erfreulicherweise auch Privatpersonen zu dauernder oder leihweiser Überlassung von Werken bereit erklärt. Dabei wird es — schon aus Gründen der Raumnot — sich vor allem auch um Werke kleineren Formats handeln, die sich oft durch eine besondere Intimität auszeichnen. Es darf erwartet werden, daß dies auch in weiterem Umfang geschehen wird, zumal es sich dabei um eine nicht nur für die badische, sondern auch gesamtdeutsche Kunstgeschichte wichtige Aufgabe handelt. Die Direktion der Badischen Kunst-halle nimmt dankbar Angaben und Angebote in dieser Richtung an.

Um 2.55 Uhr verläßt Präsident Leinert abermals das Präsidium. Die Sitzung wird abermals verlagert.

Kurz vor 4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Präsident Leinert: Ich schlage dem Hause Vertagung vor. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die nächste Sitzung schlage ich vor, abzuhalten Montag, den 9. Mai, nachmittags 1 Uhr mit der heutigen Tagesordnung und den beiden großen Anfragen betreffend die Vorlegung einer Novelle zum Kommunal-, Reichs- und Provinzialabgabengesetz und betreffend das Grubenunglück auf der Zeche Konstantin der Große in Bochum.

Abg. Kas (Komm.): Ich beantrage, auch noch den mündlichen Bericht des Rechtsausschusses über die Anträge der Kommunisten und der Sozialdemokraten wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und wegen der Sondergerichte am Montag zu verhandeln.

Abg. Schulz-Neußölln (Komm.): Wir beantragen, als ersten Gegenstand die Besprechung über die Lage in Oberschlesien vorzunehmen. Wir verlangen, daß die Regierung dazu Bericht erstattet und nicht Verzicht gibt, die mit Lügen durchsetzt sind. (Großer Lärm und Pfui-Rufe im ganzen Hause. — Präsident Herr Abg. Schulz, ich bitte Sie, derartige Bemerkungen zu unterlassen. Zurück bei den Kommunisten: Aber wahr ist es!) Abg. Schulz fortfahrend: Ich habe keine Ursache, den Ausbruch zurückzunehmen, brauche mich auch nicht zu entschuldigen. Der Minister hat selbst zugegeben, daß eine amtliche Stelle nicht einen Irrtum, sondern selbst Schwindelbeleidigungen hat. (Erneuter Sturm des Unwillens im ganzen Hause, andauernde Pfuirufe. Glocke des Präsidenten.) Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung. Abg. Schulz: Wir beantragen also als ersten Gegenstand für Montag die Beratung über die ober-schlesische Frage. Wir werden einen entsprechenden Antrag auch noch schriftlich einbringen und erwarten, daß das Haus dann nicht wie jetzt feige dieser Beratung ausweicht. (Großer Lärm im ganzen Hause.)

Präsident: Für diese Verleumdung des Hauses rufe ich Sie zur Ordnung. Schriftliche Anträge können nicht eher auf die Tagesordnung gesetzt werden, bis sie gedruckt und verteilt sind. Der von Ihnen angekündigte Antrag kann also nicht auf die Tagesordnung für Montag gesetzt werden. Aber Sie haben beantragt, die Besprechung der ober-schlesischen Frage auf die Tagesordnung zu setzen und darüber kommen wir jetzt zur Abstimmung. (Seitertzeit.) Der Antrag Schulz wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten, der Antrag Kas gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten. Schluß 4.10 Uhr.

Badische Webersicht.

Mitgliederversammlung des Vereins Südwestdeutscher Zeitungsverleger.

Unter zahlreicher Beteiligung hielt dieser Tage die Zeitungsverleger-Vereinigung Badens und der Pfalz ihre jährliche ordentliche Mitgliederversammlung im Schloßhotel zu Karlsruhe unter dem Vorsitz des Verlegers Dr. Knittel ab. Nach dem Verlauf der Sitzung geht uns der folgende Bericht zu:

Hauptgegenstand der Verhandlungen war die derzeitige wirtschaftliche Lage des Zeitungsverlegers, die bekanntlich die neue ungeheure Erhöhung des Zeitungspapierpreises und durch die unverwartete Aufhebung der Weitzschung des Zeitungspapiers eine noch nie dagewesene Verhäufung erfahren hat. Nach sehr eingehender Aussprache stellten sich einmütig alle Teilnehmer auf den Boden zweier Entschlüsse, in denen zum Ausdruck kommt, erstens, daß die Verleger sich zum Rücktritt von dem Vorhaben, die Papierpreise der Zeitung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger anzuführen und den Führern ihr volles Vertrauen auszusprechen und zweitens der Entschließung, den Verlegern gegenüber der durch die Reichsregierung den Zeitungsverlegern in letzter Zeit auferlegten Lasten — neben der Papierpreiserhöhung — in Form der erhöhten Anzeigensteuer, Erhöhung der Postgebühren und Beschränkung der Anzeigen durch noch bestehende Kriegsbewoendungen usw. eine Umfrage des Vereins unter seinen Mitgliedern hat den Beweis größter wirtschaftlicher Not erbracht, so daß die weitaus meisten Zeitungen, insbesondere aber die politische Presse aller Parteien die unerhörten hohen Lasten für die Dauer zu tragen nicht in der Lage sind.

Die gesamte Öffentlichkeit hat auch ihrerseits das allergrößte Interesse daran, daß die Presse gesund und lebensfähig erhalten bleibt. Nur diese Gesichtspunkte sind es, die die Verleger zu ihrem Vorgehen veranlassen, privatwirtschaftliche Gründe sind es nicht.

Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung u. a. mit dem Abschluß einer Vereinbarung mit dem Verband der südwestdeutschen Presse über Regelung der Anstellungsverhältnisse der Redakteure, Schaffung gemeinsamer Richtlinien für die Aufnahme von Gratisanzeigen und Hinweisen und Satzungsänderungen. Weiter wurden noch die üblichen Vereinsangelegenheiten erledigt. Der Verein hat sich erfolgreich bemüht, nicht nur die verlegerischen, sondern auch die Gesamtinteressen der Presse gegenüber Behörden, Körper-

schaften, Handel, Gewerbe und Industrie, Vereinigungen usw. mit allem Nachdruck zu vertreten, um dadurch zur weiteren Ausbreitung des so nötigen Verständnisses für das Wesen der Presse beizutragen. Als Ort der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung ist Baden bestimmt worden.

Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

DZ. Freiburg i. Br., 6. Mai. Im hiesigen Kasino gelang es, einen Gold- und Silberschieber aus dem Rheinlande, der sich in der Trunkenheit als solcher verraten hatte, zu verhaften. Man fand bei ihm große Mengen Gold- und Silbergeld. Die Goldstücke waren miteinander vernietet, sodas er sie als Tafeln der Brusttasche tragen konnte. Zugleich trug er ein Geldbuch bei sich, das der Polizei zahlreiche Adressen in die Hände spielte.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.

Die Frachttüdgutsperrre für die Münchener Bahnhöfe ist aufgehoben. Der Güterverkehr nach München ist somit wieder vollständig frei.

Forstheim, 6. Mai. In einer sozialdemokratischen Versammlung, zu der auch die Gemeindevorsteher der Bezirke Forstheim, Neuenbürg, Calw und Maulbronn geladen waren, und in der auch Reichstagsabgeordneter O. Ged-Rannheim sprach, wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bereinigung von Baden und Württemberg aus wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten als unbedingt notwendig bezeichnet wird und die beiderseitigen Regierungen aufgefordert werden, die geeigneten Maßnahmen zur Durchführung zu ergreifen.

DZ. Ettlingen, 4. Mai. Ein unerwünschter Gast — die Grippe — hat sich bei uns in mehreren Familien wieder eingefunden und äußert sich diesmal in Störungen des Nervensystems.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Puppenspiele.

* Die Leitung der Puppenspiele im Künstlerhaus veranlaßte diese Tage eine nichtöffentliche Vorstellung des poetischen Stückes „Dr. Saffras“, zu der sich u. a. der Kultusminister Dr. Hummel, die Bürgermeister Dr. Klein-Schmidt, Dr. Horstmann und Dr. Schneider, sowie eine Reihe weiterer im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten, Kunstfreunde und Schulfachleute eingefunden hatten. Herr Deining erlegte in einer kurzen Ansprache die künstlerische und erzieherische Bedeutung der Puppenspiele als einer Pflegestätte des deutschen Märchens und volkstümlicher dramatischer Literatur dar, die nicht nur dem Kinde unergiebige Eindrücke zu vermitteln, sondern auch den Erwachsenen Stunden gesunder Unterhaltung und Erregung zu bereiten vermag. Zahlreiche Städte hätten sich denn auch der Gründung derartiger Puppenspielschulen tatkräftig angenommen. Auch die Karlsruher Puppenspielschule hoffe auf eine Unterstützung und Förderung ihrer Bestrebungen durch die Behörden und die urteilsfähigen Kreise der Bevölkerung, namentlich auch der Lehrerschaft. Sie habe bereits große Opfer an Arbeit und Geld gebracht und sei auch künftig zu Opfern bereit, bedürfe aber dringend der Beihilfe; vor allem müßte die Raumfrage gelöst werden. Die dann folgende Ausführung des Dr. Saffras, bei der alle Reize des vorerzählten Marionettenspiels aufs wirksamste in Erscheinung traten, überzeugte wohl auch den Skeptiker von dem künstlerischen Wert des dantesken Unternehmens.

* Vor 100 Jahren. Am 7. Mai waren 100 Jahre vergangen, seitdem unter großen Feierlichkeiten der Grundstein zum neuen Rathaus gelegt wurde. Den Bau des Rathauses entwarf und leitete bekanntlich der genialste Baumeister der Stadt Karlsruhe seit ihrem Bestehen, der Oberbaudirektor Friedrich Weinbrenner. Erst im Jahre 1826 war der Bau beendet und konnte feierlich eingeweiht werden.

* Schöffelfeier. Wie alljährlich, so hatte sich auch gestern vormittag wieder die hiesige sehr zahlreiche Schöffelgemeinde vor dem Schöffelstand in der Bismarckstraße eingefunden, um unseren größten badischen Dichter zu feiern und seiner Ruhe zu huldigen. Seminarlehrer von Sallwürdt hielt die Festrede. Er schilderte das Leben des Dichters und dessen Bedeutung als Lyriker und Epiker. All die herrlichen Dichtungen, die zum Gemeingut des deutschen Volkes geworden sind, ließ der Redner an unserem geistigen Auge vorüberziehen; die studentischen frohlichen Lieder des „Gaudamus“, in denen der glückliche Übermut der Jugend zum Ausdruck kommt, der Trompeter von Säckingen, der in Italien gebildet, im badischen Schwarzwald sich abspielte, dann Schöffels größte Dichtung, den historischen Roman „Etlehard“, in den Fäden seines eigenen Lebens wunderbar verweben sind und in dem Schöffel fast gewissermaßen freigeschrieben hat. Redner feierte Schöffel als den deutschen Mann, begabt mit sonnigem deutschen Humor, großer Gefühlstiefe, liebreichem Mund. Gerade in der jetzigen Zeit der inneren Zerrissenheit und der äußeren Bedrohung von rachsüchtigen Feinden sei es notwendig, zu unseren großen Dichtern und Denkern zu gehen, und uns dort Trost, Aufrichtung und neuen Mut zu holen. Der Männerchor der „Concordia“ sang eine Reihe von schönen Liedern, darunter die Schöffellieder „Dein gedent ich Margarethe“ und „Das war der Herr von Rodenstein“. Herr Hoff vom Landes-theater regierte einige Gedichte von Schöffel. Auch das Hornquartett vom Landes-theater erfreute durch einige stimmungsvolle Vorträge.

sch. Kolosseum. Die Ringkampfsportkurrenz beherrscht zurzeit das Programm, aber auch einige Varieténummern bieten Unterhaltung. Edith Frankenstein mit gediegenen ersten Vorträgen eröffnet das Programm. Lily Karella bringt ein Dressurpöppourri, in welchem Hunde, Katzen, Kanarienvögel, Affen vertreten sind; es ist eine heitere, amüsante Nummer. Ernst und Partnerin bieten in vollendeter Form Fangkünste. Das Jonglieren mit Strohhüten ist eine vorzügliche Leistung. Robert Star mit seinen sprechenden dreiflügeligen Reebird zeigt die Wauchrednerkunst in vollendeter Form. Das Publikum folgt den Kämpfen mit großem Interesse. Die Pausen werden von der Haustafel aufs beste ausgefüllt.

neue Modelle mit kleinem Hörer. Vorführung am Dienstag, den 10. Mai 1921 im Hotel Lutz in Karlsruhe.

Deutsche Otophone-Comp. G. m. b. H., Frankfurt a. M., Ulmenstraße 47. S.192



Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.

Mannheim. E.98 Zum Handelsregister B Band XIX D. 3. 1 wurde heute die Firma ...

Neustadt. E.65 Zum Handelsregister A Band I D. 3. 100 — bei der Firma ...

Oberkirch. E.80 Zum Handelsregister A D. 3. 167 wurde eingetragen die Firma ...

Oberkirch. E.127 Zum Handelsregister A D. 3. 168 wurde eingetragen die Firma ...

Mannheim. E.99 Zum Handelsregister B Band XIX D. 3. 2 wurde heute die Firma ...

Offenburg. E.110 Handelsregister B I D. 3. 37: Otto Wals, Leberfabrik, Gesellschaft ...

Pforzheim. E.102 Handelsregister B I D. 3. 223, die Firma Hermann Basmer & Co. in Oberfödingen ...

Säckingen. E.89 Zu Genossenschaftsregister D. 3. 11, die Einkaufsgenossenschaft ...

Ämtliche Bekanntmachung.

Freitag, den 18. Mai 1921, vormittags 1/9 Uhr, im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden Besetzung.

Badisches Landestheater. Dienstag, den 10. Mai, 7 bis gegen 10 Uhr. Mk. 17.— Volksbühne 01 Der Wildschütz.

Mittwoch und Donnerstag 11. und 12. Mai, 7 1/2 Uhr, Eintracht: R. 198 Zwei Gastspiele des Großrussischen Balaleika-Orchester.

Detektive & Anstufte Schütze, beobachten, ermitteln und erforschen alles, Auskünfte überall.

Bürgerl. Rechtspflege a. Kreitleiche Gerichtsbarkeit. Aufgebot. E.117.2 Baden, Frau Rentner Georg Rümmer ...

Schwefingen. E.107.3.2 Schwefingen. Die Rechtsanwältin Dr. Bruno Fannenschmidt ...